Gisbert Knopp

DAS (ALTE) BUNDESHAUS

Haus Schwippert und seine Planungsideen für das erste „moderne" Parlamentsgebäude der Welt

„Die Politik ist eine dunkle Sache, schauen wir zu, daß wir etwas Licht hineinbringen." Mit diesem Ausspruch (Meyer-Waldeck, Bundesparlament, S. 9–33) kommentierte Hans Schwippert seine erste große Bauaufgabe nach dem Krieg, den Um- und Erweiterungsbau der Pädagogischen Akademie in Bonn zum vorläufigen Sitz von Bundestag und Bundesrat. Die salopp formulierte Äußerung offenbart zugleich eine Art Leitmotiv für sein Werk, das von Licht, Helligkeit und klaren Linien geprägt sein sollte. Das besondere des Auftrags lag darin, Vorhandenes aufzugreifen und sich mit ihm zu identifizieren, um es dann „sinngemäß", aber in eigenständiger Architektursprache fortzuführen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Wahl von Bonn zum Tagungsort der verfassunggebenden Versammlung, des Parlamentarischen Rates, war es, unverzüglich das nahezu vollständig erhalten gebliebene Gebäude der Pädagogischen Akademie bereitzustellen. Dieses war 1930 bis 1933 für die durch die Neuordnung der Lehrerbildung in Preußen erforderlich gewordene hochschulmäßige Ausbildung der Volksschullehrer als katholische Anstalt der Rheinprovinz errichtet worden. Als Architekt konnte erst jüngst der Regierungsbaumeister Martin Witte (geb. 1896 in Jastrow, Kreis Deutsch-Krone) ermittelt werden (Knopp, Bundeshaus S. 251–276). Es war sein erstes großes und sollte sein eigentliches Lebenswerk bleiben. Noch vor Vollendung der Arbeiten ist Witte am 10. November 1930 in Bonn gestorben. Für ein von der Preußischen Hochbauverwaltung in Auftrag gegebenes Gebäude sind die Bauformen wie die weißen, ineinander verschachtelten Kuben, Flachdach und Fensterbänder durchaus ungewöhnlich. Auch im Stadtbild blieben sie ohne vergleichbares Beispiel. Die Bauformen und der Grundriß verweisen auf das „Neue Bauen", das Dessauer Bauhaus und den „Internationalen Stil" (Schumacher, Gebäude S. 277–284). War der Entwurf in der Presse wegen der „modernen Bauauffassung" und der „einfachen neuzeitlichen Formen" noch gelobt worden, so stellten die Nationalsozialisten drei Jahre später lauthals die Unvereinbarkeit der äußeren Form des Gebäudes mit dem „neuen Geist" heraus.

Für den Arbeitsbeginn des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 wurde das Akademiegebäude in einem wahren Kraftakt von nur knapp zwei Wochen funktionstüchtig hergerichtet. Es zeigte sich schon bald, daß Bonn für die Arbeit des Verfassungskonvents besonders gut geeignet war. So schien es nur folgerichtig, wenn bereits Ende September – zunächst streng vertraulich – die Frage nach der Eignung von Bonn als vorläufiger Bundeshauptstadt geprüft wurde. Eine Denkschrift des Oberstadtdirektors Johannes Langendörfer und des Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, vom 11. Oktober hob die Vorteile des Akademiegebäudes zur Unterbringung von Bundestag und Bundesrat heraus. Sie bestünden darin, daß beide Kammern sich im gleichen Hause befänden. „Diese Lösung bedingt lediglich den Neubau eines Plenarsitzungssaales für den Bundestag. Dieser Saal kann entweder durch Ausbau der bereits vorhandenen großen Turnhalle oder durch

aus: Geschichte im Westen, Jahrgang 1988, Heft 2, S. 179–190

Neubau hergestellt werden. In beiden Fällen ist die Erstellung des Plenarsitzungssaales in sechs Monaten möglich" (Knopp, Bundeshaus, S. 16). Im Vorgriff auf die Entscheidung des Parlamentarischen Rates vom 10. Mai 1949, Bonn auch zur vorläufigen Bundeshauptstadt zu machen, faßte das Kabinett von Nordrhein-Westfalen bereits am 1. November den Entschluß, die Akademie auf Kosten des Landes auszubauen und das Gebäude dann der kommenden Bundesregierung in Form einer Stiftung auf Zeit zu übergeben. Eineinhalb Millionen Mark standen dafür zur Verfügung, und die Stadt Bonn erklärte sich bereit, ein Drittel der Kosten für den neu zu erstellenden Plenarsaal, höchstens aber 500 000 DM, zu übernehmen, falls der Raum nicht für den Bundestag Verwendung finde.

Das Akademiegebäude, der Kernbau des Bundeshauses, erstreckte sich parallel zum Rheinufer. Die Dominante war das teils vier-, teils fünfgeschossige Hauptgebäude, das die Seminare, Dozentenzimmer und im obersten Stockwerk Musikzellen enthielt. Südlich, zum Rhein zu etwas vorspringend, schloß die Turnhalle an, westlich ein Hörsaalgebäude mit Treppenhaus. Ein niedriger Winkelbau umklammerte die nordwestliche Ecke; er beherbergte neben der Hausmeisterwohnung einen größeren Hörsaal. Dem Eckbau vorgelagert war der Eingang, der die zweigeschossige Halle erschloß. Rechtwinklig nach Nordosten wurde der viergeschossige Aulabau angefügt, der, nach der Innenseite eingeschossig, die Verwaltungsräume enthielt. Daran anschließend, mit freiem Blick auf den Rhein, befanden sich die Tagesräume der Studierenden. Die neue Einrichtung und die daraus resultierende Bauaufgabe „Pädagogische Akademie" hatten zwangsläufig auch einen neuen Bautypus hervorgebracht.

Ein Hinweis darauf, daß der Architekt des neuen Bundeshauses durch einen Wettbewerb ermittelt worden wäre, fehlt. Das Düsseldorfer Wiederaufbauministerium beauftragte von sich aus mit der Planung und Oberleitung des Gesamtprojektes Hans Schwippert. 1899 in Remscheid geboren, hatte er an den Technischen Hochschulen in Hannover, Darmstadt und Stuttgart studiert, dann 1925 zehn Monate im Atelier von Erich Mendelsohn in Berlin gearbeitet. Durch diesen kam er in Kontakt mit der Architektengruppe „Zehnerring", bei der er erstmals in die Auseinandersetzung um eine neue Baugesinnung einbezogen wurde. Hier lernte er auch Ludwig Mies van der Rohe kennen, mit dem ihn zeitlebens eine enge Freundschaft verband. Von 1927 bis 1934 war Schwippert Lehrer an der Werkkunstschule in Aachen, von 1936 bis 1946 Lehrbeauftragter für Werklehre an der dortigen Technischen Hochschule, wo er 1946 als ordentlicher Professor Inhaber des Lehrstuhls für Werklehre und Wohnbau wurde, daneben auch Leiter einer Baukunstklasse an der staatlichen Kunstakademie Düsseldorf. Zwischen 1929 und 1931 war er als Mitarbeiter von Rudolf Schwarz an verschiedenen Bauten wie der Sozialen Frauenschule und der Fronleichnamskirche in Aachen beteiligt. 1930 errichtete er für seinen Bruder Kurt ein Atelierhaus in der Eifel, ein Jahr später das Wohnhaus Feist in Bad Godesberg, 1934 bis 1938 zahlreiche weitere Wohnbauten in Aachen, Düsseldorf und Berlin. Während seiner Zeit an der Werkkunstschule in Aachen hatte sich Schwippert mehr der Inneneinrichtung gewidmet. Nach 1930 Mitglied im Deutschen Werkbund, wirkte er seit Kriegsbeginn im Berliner „Kunstdienst" als Sachbearbeiter der Enzyklopädie „Deutsche Warenkunde" mit. Es folgten Entwürfe von Siedlerhäusern und Bauernstellen und seit 1943 von Behelfsheimen und Unterkünften für Umsiedler mit dazu passenden Möbeln zur Selbstherstellung. In Aachen, wo er 1943 an der TH zum Dr.-Ing. promovierte, führte er bis Kriegsende das Baudezernat und beteiligte sich nach dem Einmarsch der Amerikaner an der Wiedereinrichtung einer Verwaltung.

Dem Auftraggeber für das Bundeshaus dürfte Schwippert durch seine Nachkriegstätigkeit als Leiter der Abteilung Bauwesen in der Provinzialverwaltung der Nord-Rheinprovinz bekannt geworden sein. Insbesondere stammten von dort seine Kontakte zu dem ehemaligen Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung, Hermann Wandersleb, Chef der Nordrhein-Westfälischen Landeskanzlei und Leiter der Verbindungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen sowie später des Büros „Bundeshauptstadt Bonn". Auf diesen Spiritus rektor und Promotor der Entscheidung für Bonn als vorläufige Bundeshauptstadt ist wahrscheinlich die Vergabe für die Planung der Um- und Neubauten Bundeshaus an Schwippert zurückzuführen. In freier Architektenarbeit hatte Schwippert schon 1948 ein Gebäude für die Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen beim Dreizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt entworfen. Diese Pläne sollten wenige Monate später für den Bundesratsflügel des Bundeshauses wenigstens teilweise Verwendung finden (Wandersleb, Berufung S. 314). Erste Vorentwürfe Schwipperts für den Komplex Bundeshaus datieren vom Januar 1949.

Dem Planungsbeauftragten wurde für seine Arbeiten am Bundeshaus ein Atelier eingerichtet. Ihm stand ein Mitarbeiterstab von selbständigen Diplom-Ingenieuren und Architekten, vornehmlich ehemaligen Schülern Schwipperts an der TH Aachen und der Kunstakademie Düsseldorf, unter Führung von Dipl.-Ing. Stefan Leuer als „Chefmitarbeiter" zur Seite. Hinzu kamen die Ingenieure E. M. Hünnebeck und Prof. Philipp Stein sowie der Architekt Karl Kraus für die Aktustik, die Architektin Wera Meyer-Waldeck für die Einrichtung und Prof. H. Mattern für die Landschaftsgestaltung. Von seiten des Düsseldorfer Wiederaufbauministeriums war als mitberatender Architekt Ministerialdirektor Konrad Rühl verantwortlich; der örtliche Bauleiter war Ingenieur Paul Hopp (Meyer-Waldeck, S. 99).

Die Aufgabe des Architekten bestand, ganz allgemein formuliert, darin, das Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Akademie durch Um- und Erweiterungsbauten für die Zwecke von Bundestag und Bundesrat herzurichten. Wohl die wesentlichste Forderung war die sinnvolle Angliederung der Neubauten an das vorhandene Gebäude und die Einpassung der gesamten Bauten in die örtlichen und landschaftlichen Gegebenheiten (Informationsstelle „Bundeshaus", 6. Juli 1949). Die Deklarierung der Baumaßnahmen als „Anbau" galt mehr der Symbolisierung des „Vorläufigen". Neben dem großen sogenannten Kongreßsaal, geeignet für den Bundestag, ebenso aber auch verwendbar für Konzerte, Ausstellungen und manche anderen Zwecke, waren im Raumprogramm ein Großrestaurant, ausreichend für Bundestag und Bundesrat zusammen, sowie Büroräume für beide Parlamente vorgesehen. Die Planung hatte für Bau- und Einrichtung eine Bauzeit von unvorstellbarer Kürze, sparsamsten Kostenaufwand und Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung zu berücksichtigen. Wichtigste Grundvoraussetzung war indes die in der Gesamtplanung von vornherein vorgesehene Multifunktionalität der Gebäude. Im ganzen lief das auf die Brauchbarkeit des erweiterten Bauwerks für nichtparlamentarische Aufgaben wie etwa für die Zwecke der Universität hinaus, aber auch auf die Tauglichkeit der baulichen Ergänzungen als zu integrierender Bestandteil einer möglichen späteren Großbaumaßnahme für parlamentarische Aufgaben von längerer Dauer.

Die Termine für die Fertigstellung waren unumstößlich. Das hatte ein wahnwitziges Nebeneinander von Planung und Ausführung zur Folge. Der Plenarsaal, ausreichend für 800 Personen, wurde an die ehemalige Turnhalle angebaut, die dabei die Funktion einer Wandelhalle erhielt. Ende Februar 1949 waren die Erdarbeiten für den Saal und dessen Zugang von

der Görresstraße her nahezu beendet. In nur 30 Tagen wurde dann das Stahlskelett in einer Breite von 30 Metern, einer Länge von 34 Metern und einer Höhe von 13 Metern durch die Rheinischen Röhren-Werke, Mülheim/Ruhr, aufgestellt. Das Neuartige der Konstruktion waren freitragende Binder von 30 Meter Spannweite. Die Arbeiten waren so rasch gediehen, daß am 5. Mai, wenige Tage vor der Entscheidung des Parlamentarischen Rates über den Sitz der Bundesorgane, die Richtkrone aufgezogen werden konnte. Die Außenmauerung erfolgte mit rheinischem Bimsstein, die Dachdeckung mit Bimsstegzementdielen. Die Wände wurden im Innern verputzt, für das Äußere war eine Muschelkalkverkleidung vorgesehen.
Nach der Baubeschreibung handelte es sich bei dem Innenausbau um eine „Konstruktion nach dem Prinzip ‚Haus im Haus'", d. h. von der Außenhaut akustisch unabhängiger Einbau eines Innengebäudes, daher doppelte Wände ohne Parallelführung mit gegenüberliegenden Wandteilen, aber auch doppelte, akustisch getrennte Fenster und Fenstertüren. Die Innenfenster waren aus denselben Gründen zudem noch sägezahnartig versetzt, die Saaldecke unabhängig von der äußeren schallabnehmenden Decke eingehängt und als Träger der erforderlichen Schallschlucker, differenziert nach tiefen, mittleren und hohen Frequenzen, ausgebildet. Die quadratischen akustischen Elemente waren gleichzeitig Lichtträger der Hochspannungsleuchtröhren, auf reichliche Lese- und Schreibhelligkeit ausgelegt. Der Fußboden wurde ebenfalls aus akustischen Gründen als „Schwimmender Boden" auf der Konstruktionsdecke ausgebildet und mit Parkett belegt. In den hinteren Teil des Saales wurde eine auf zwei Freistützen ruhende Presse- und Gästetribüne mit 400 Plätzen errichtet. Im ganzen war der Saal mit etwa 1000 qm Fläche um 30 Prozent größer als der Plenarsaal des ehemaligen Reichstags in Berlin – was man mit unverholenem Stolz konstatierte.
Obwohl sich die gestalterischen Lösungen eindeutig aus den technischen und akustischen Erfordernissen entwickelt hatten, wurde dennoch eine harmonische Gliederung und Geschlossenheit erzielt. Die für die frühe Nachkriegszeit noch ungewöhnliche Verwendung von überwiegend Glas begründete Schwippert so (Schwippert, Bundeshaus, S. 65): „Ich habe gewünscht, daß das deutsche Land der parlamentarischen Arbeit zuschaut. So bekam der Saal zwei Fensterwände, jede 20 Meter lang, vom Boden bis zur Decke ausgedehnt. Man sieht durch sie den Rhein, das gegenseitige Ufer, man betritt durch ihre Fenstertüren die nördliche und südliche Gartenterrasse. Trotz dieser breiten Ausblicke in die Gärten und das Land erzwingt die 32 Meter breite Rückwand des Präsidiums die Konzentration auf die parlamentarische Arbeit." Das Motiv der Einbeziehung der Landschaft in den Saal hatte Schwippert vom Aulabau der Pädagogischen Akademie übernommen; kurze Zeit später erfuhr es am Saaltrakt des Bundespostministeriums eine Wiederholung.
Trotz der Größe des Plenarsaales sollten dieser nach dem Willen des Architekten nicht „unmenschlich" wirken oder seine Dimensionen „falsche Erhabenheit" ausdrücken. Daß der einzelne Mensch in ihm Geltung habe, suchte Schwippert durch den quadratisch gleichseitigen Grundriß, die begrenzte Höhe von neun Metern, die maßstäbliche Gliederung der Wände und Decke sowie die ausgedehnten und vielfältigen akustischen Einrichtungen und Sicherungen zu bewirken. „Sie geben der natürlichen menschlichen Stimme Freiheit, Stärke und Nachdruck."
Besonderes Aufsehen erregte in der Bonner Bevölkerung die „tote Wand am Rhein", die große östliche Außenwand des Plenarsaales. Schwippert sah hierin eine in der langen Flucht der vielen Fenster im Hauptgebäude und den Flügelbauten für die Augen notwendige Unterbrechung und Abwechslung sowie zugleich das vergrößerte Pendant zur Aulawand. Für

das geplante Relief stellte er sich ein „rein menschliches Motiv viel schöner vor als etwa ein politisches“ (Knopp, Bundeshaus, S. 21).
Das Innere des Plenarsaales beherrschte das Gestühl für die Abgeordneten, ein zur Stirnseite hin geöffnetes Halbrund, keilförmig auf die Mitte ausgerichtet und in einzelne Segmentausschnitte mit jeweils zwei Sitzen nebeneinander gegliedert. Damit korrespondierte die ebenfalls leicht ausgeschwungene, dazu um sechs resp. acht Stufen erhöhte, später begradigte und heruntergezonte Präsidentenbank mit den Plätzen für die Regierung und den Bundesrat. Unmittelbar vor dem Präsidenten, um zwei Stufen abgesenkt, stand das Rednerpult, davor waren in einem halbkreisförmig abgeschrankten Bereich die Sitze und Pulte der Stenografen. Die Brüstungswände waren mit schwarz gebeiztem Eichenholz vertäfelt, durch goldfarbene Leisten unterteilt und mit ebensolchen Knöpfen verziert. Bei den Sitzen der Abgeordneten handelte es sich um vom Architekten und einer Bad Oeynhausener Sitzmöbelfabrik speziell entwickelte Schwingstühle in schwarz lackiertem Eichenholz mit grünem Polster und Lehne sowie beweglicher Schreibplatte. 420 Abgeordnete fanden in diesen Sitzen Platz; durch Sonderbestuhlung konnte die Zahl der Sitzplätze auf 850 erhöht werden. Die losen Armlehnstühle des Präsidiums entsprachen dem Abgeordnetengestühl in Form und Aufmachung. Der einzige künstlerische Schmuck des Saales war an der Stirnseite ein weißer Velourvorhang mit den Wappen der zwölf Länder in Goldapplikation. Er hob sich von dem ihn seitlich umrahmenden gold-grünen, in tiefen Falten hängenden Vorhang ab, der bei Bedarf vor die beiden Fensterfronten gezogen werden konnte. Gegen allzu starke Sonneneinstrahlung schützten naturfarbene Sonnenvorhänge mit hellgrünen Sonnenrädern.
Die Verbindung zum Foyer, der Wandelhalle, der sogenannten Lobby, die von Zeitgenossen als die „vollkommenste Raumschöpfung der modernen Architektur“ bezeichnet wurde (Eckstein, Bundeshaus, S. 221), schafften drei zu einer Einheit zusammengefaßte zweiflügelige Glastüren sowie zwei weitere an den äußeren Ecken. Die bereits in der Turnhalle vorhandene, von schlanken Säulen getragene Galerie wurde an den beiden Kopfseiten weitergeführt und bildete den Zugang zur Presse- und Gäste-Empore sowie zum südlichen Büroflügel. Eine in den Raum hineingestellte geradlinige Freitreppe führte zu ihr hinauf. Der Grundton des durch große Fenster an der Ostseite erhellten Raumes war weiß – weiß die Wände, die Galerie, die Geländer und die Stützen. Den einzigen Farbkontrast bildete der leuchtend rote, durch schmale weiße Streifen in Längsrechtecke unterteilte Fußboden aus Mipolam. Hinzu kamen das sparsame „Gold“ der Leichtmetalltüren sowie die aparten, blau-grau-grünen Vorhänge, die nach Entwürfen von Margret Hildebrand im Filmdruckverfahren hergestellt worden waren. Die Lampen – Glas mit Metallkern – erfüllten über ihren Zweck hinaus auch eine künstlerische Funktion; durch Aufgliederung machten sie die Größe des Raumes spürbar und gaben der Deckenfläche Volumen. Die einzige Möblierung bildeten fünf Sitzgruppen an der Fensterseite: schwere Lederpolster auf goldeloxiertem Leichtmetallgestell, dementsprechend das Tischuntergestell mit schwerer Marmorplatte (Entwurf Hans Schwippert). Mit dekorativ aufgestellten Grünpflanzen – vorwiegend Philodendron – versuchte man, etwas Natur in den Raum hereinzubringen. Zur Belebung trugen nach den Vorstellungen des Architekten die Abgeordneten und Gäste selber bei. „Sie (die Wandelhalle) hat“, so schwärmte Hans Eckstein, „in ihrer Schlichtheit, graziösen Gestaltung, Wohlproportioniertheit die Würde und Schönheit des wahrhaft menschlichen Maßes, das den repräsentativen, stark überhöhten Vestibülen und Treppenhäusern des Historismus so gänzlich fehlt“ (S. 221).

Zwischen den Raumgruppen des Bundestages und des Bundesrates wurde in ganzer Länge des Hauptgebäudes das Restaurant, ein eingeschossiger Stahlskelettbau mit Ganzglasfront, eingeschoben, ein Ort der Begegnung, der immerhin 700 Personen Platz bot. Die Ganzglastüren gaben die Möglichkeit, die vorgelagerte breite Terrasse mit einzubeziehen. Die von Hermann Mattern gärtnerisch gestalteten Anlagen leiteten unauffällig und organisch zur natürlichen Landschaft über. Mit einfachsten Mitteln wurde versucht, dem großen Raum einen freundlichen, aber dennoch festlichen Eindruck zu verleihen. Den einzigen Farbtupfer steuerten wiederum die buntbedruckten Fenstervorhänge (Entwurf Margret Hildebrand) bei. Die helle Decke war von Hunderten von Glühbirnen auf schlichtem Messingsockel in langen Parallelbändern überzogen, der weiße Mipolamfußboden durch schmale rote Streifen – ähnlich der Wandelhalle – geometrisch gegliedert. Eine eigenwillige Abwechslung brachte die Bestuhlung: Stahlrohrstühle (Werkentwurf der Fa. Gebr. Thonet, Frankenberg/Eder) alternierend mit schwarzen Eichenholzstühlen und diese abwechselnd mit roten und grünen Polstern. Die Eichenstühle gab es im ganzen Gebäude auch als Armlehnstuhl oder als Hochlehner, mit Leder, Stoff oder Mipolam bezogen. Im Bundeskanzleramt fanden sie mit hoher Rückenlehne in massiv Kirschbaum Verwendung. Der Entwurf stammt von Prof. Johannes Krahn, Frankfurt/Main, der mit Schwippert seit ihrer gemeinsamen Zeit bei Rudolf Schwarz 1928 bekannt gewesen sein dürfte. Der „Krahn-Stuhl" war in der Öffentlichkeit zuerst auf der Kölner Werkbundausstellung 1949, „Neues Wohnen", zu sehen gewesen. Er zeichnet sich durch seine unprätentiöse und zurückhaltende Art aus (König, Möbel).

An die südliche Seite der Wandelhalle schloß sich als Gegenstück zum Restaurant die Sitzhalle an. Die gläsernen Türen ermöglichten einen Raumdurchblick von über 140 Metern. Die Sitzhalle, die der Entspannung und intimen Unterhaltung diente, war in zartem Hellgrün und braunen Tönen gehalten. Bequeme Sitzmöbel boten etwa 150 Personen Platz; auch hier war die ganze Längsfront in Fenster und Fenstertüren aufgelöst, um den Blick auf den Rhein und das Siebengebirge in vollem Maße genießen zu können. An die Sitzhalle schlossen das geräumige Schreibzimmer und die Bibliothek an.

Die beiden drei- und fünfgeschossigen Büroflügel im Norden und Süden des Bundeshauses waren im Stahlfachwerkbau errichtet. Im Gegensatz zu den Vertretern des „Neuen Bauens" legte Schwippert Wert auf die Betonung des Strukturellen, die Offenlegung von Konstruktion und Baustoffen, die auf eine deutliche Trennung von Tragendem und Ausfallendem zielte. Durch die im Raster zurückversetzte Ausfachung trat das Pfeilerwerk der Fassaden stärker hervor. Mit dieser Funktionsauffassung schloß er unmittelbar an Mies van der Rohe an (Werhahn, Schwippert, S. 194f.). Die geforderte Schnelligkeit der Ausführung sowie die Flexibilität der inneren Raumaufteilung ließen dem Architekten, wie er selbst am 1. Juli an Adenauer schrieb (zit. nach Werhahn, S. 197), keine andere Wahl. So hat, wie seinerzeit schon bei der Errichtung der Pädagogischen Akademie, auch hier die Bauaufgabe zwangsläufig die Stilform geprägt. Umlaufende Fensterbänder boten sowohl kleinen, mittleren als auch großen Räumlichkeiten ausreichende Beleuchtung. Die volle Breite einer Achse mit einer Stützweite von 7,20 Meter nahmen Ausschuß- und Sitzungszimmer ein, zwei Drittel einer Achse wurde den Büroräumen des Präsidenten und der Vizepräsidenten zugemessen, während alle anderen, wie Abgeordnete und Referenten, sich mit einem Raum von einem Drittel der Gesamtachse, also einer lichten Weite von etwa 2,32 Metern bei einer Tiefe von 5 Metern, zufrieden geben mußten. Schwippert: „. . . möglichst viele wohnliche Zellen für einen

Menschen, eine Arbeit", und an anderer Stelle: „Es ist ein besonderer menschlicher Maßstab der Räume und eine richtige Anwendung von einfachen Materialien, welche auch hier aus Vorzimmer, Chefzimmer, Sitzungszimmer ‚Räume des Gesprächs' machen" (Schwippert, Bundeshaus, S. 68f.).

Dach und Decken wurden aus Fertigelementen montiert, die Trennwände der Räume aus besonders konstruierten Gipsplatten erstellt. Die Rahmen der Fenster waren aus Stahl mit Messingleisten. Mit ihrer kontrastreichen Werksteinverkleidung in blau-grauer Basaltlava und hellem Tuffstein hoben sie sich bewußt vom alten Kerngebäude ab, blieben ihm aber in Proportionen Höhe und Größe verpflichtet. Der Südflügel, leicht gebogen, folgte dem Verlauf der Görresstraße, während der Nordflügel etwas zurückspringend die Linie der Vorderfront aufnahm. Um zwei Stockwerke tiefer angesetzt, schloß dieser in gleicher Höhe mit den niedrigeren Bauten des Kerngebäudes ab. Schwipperts Anbauten zeichneten sich durch optimale Anpassung an den vorhandenen Gebäudebestand, die Beschaffenheit des Grundstücks und die Landschaft aus. Beide Flügel waren von vornherein für Erweiterungen geplant und entsprechend konstruktiv durchgebildet. Die Flächengröße des Südflügels betrug 2700 qm, die des Nordflügels 4000 qm.

Die beiden Büroflügel wurden mit der gleichen Ausstattung versehen. Die Möbel, eine eigene Entwicklung für das Haus, waren mit Rücksicht auf die „Einmannzellen" leicht und klein gehalten. Das Zimmer des Abgeordneten enthielt als Grundausstattung auf der einen Seite eine aus verschiedenen Elementen zusammengesetzte Schrankwand, auf der anderen einen Arbeitstisch (Holzplatte mit zwei kleinen Schüben auf Eisenfüßen), daneben einen Schreibmaschinentisch mit Schubladenelement, dazu einen „Krahn-Stuhl" und einen Papierkorb. Für sog. Chefzimmer wurde der Abgeordnetentisch als Grundelement durch zwei seitlich angeschobene Elemente „aufgewertet". In ihrer auf die Urform zurückgeführten praktischen Einfachheit erinnerte die Einrichtung an die Schwippertschen „Flüchtlingsmöbel".

Auch in der Möblierung offenbarte sich ein Stück Demokratie als politisches Bekenntnis und gesellschaftlicher Lebensentwurf: gleicher Schreibtisch, Stuhl und Schrank für den Präsidenten und den Sekretär, den Minister und die Sekretärin, den Abgeordneten und die Schreibkraft. Schwippert: „Und hier wieder nichts von ‚repräsentativen' Leihgaben der Vergangenheit, sondern leichte Geräte, die dienen und nichts verbergen, Raum lassen und die Bewegung des Menschen, der Gedanken und der Dinge erlauben" (Schwippert, S. 68f.). Die Materialien waren Ausdrucksmittel der Architektur und ihrer Zeit: einiges Eisen, goldeloxiertes Aluminium, weißgestrichene Wände, farbiger synthetischer Stoff für den Bodenbelag und die Vorhänge. Man verzichtete bewußt auf feierliche Attribute wie Stuck, Profil, Eichenholzvertäfelungen, Marmor und Samtvorhänge, mit denen Regierungen und Parlamente sich Würde zu verleihen pflegen. „Es ist", so schrieb Schwippert 1951 (S. 68), „die Würde eines Bauens von heute, mit den sparsamen und strengen Mitteln einer technischen Zeit, menschliche Liebenswürdigkeit zu versuchen. Kleiner Zwang zur Offenheit und Freundlichkeit, großer Angriff gegen das, was wir den tierischen Ernst nennen." Für ihn erstrebenswert war das menschliche Maß seiner Räume, die Vermeidung unangemessener Größen und Maßstäbe, die Darstellung ethischer Werte. Die Anfänge der Demokratie und ganz allgemein die Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit verabscheuten sentimentales und politisches Pathos. Dem gelegentlich vorgebrachten Verlangen nach mehr Feierlichkeit für die Vertretung des Volkes hielt Schwippert entgegen: „Wir werden sie erbauen, wenn die Politik einmal wieder erhabene

Erfolge haben wird. Einstweilen, dünkt mich, und dies ist ja ein einstweiliges Haus für den Wiederbeginn neuen politischen Lebens in Deutschland, einstweilen halte ich es für Recht, daß dieser Anfang ein helles Haus habe und einfaches, ein Haus von heute und daß das zur Welt hin offen ist" (S. 70). Das Bonner Bundeshaus wollte nicht repräsentieren, keinen Ausdruck steigern, sondern der in ihm zu leistenden „Arbeit dienen".

Bei der Verwirklichung seiner Ideen stieß Schwippert naturgemäß auf Widerstände. Sein Hauptkontrahent war Konrad Adenauer. Auf die Kunde, daß der Architekt den Nord- und Südflügel „ganz aus Glas" herzustellen beabsichtige, berichtete Adenauer in einem persönlichen Brief an Schwippert von einem Besuch in Genf in dem „Hauptbau von Corbusier, der ganz aus Eisen und Glas hergestellt" sei. Das Gebäude sei von außen betrachtet fürchterlich und der Aufenthalt im Inneren in höchstem Maße unerfreulich. „Es gibt nichts Ungemütlicheres, fast möchte ich sagen, Unerträglicheres, als einen Aufenthalt in einem solchen Glaskasten. Die Lichtverhältnisse darin sind derartig unangenehm und störend, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß ein normaler Mensch in einem solchen Raum vernünftig denken und sprechen kann" (Adenauer-Briefe 1949–1951, S. 46). Die Aussage Adenauers muß sich auf den 1927 von Le Corbusier entworfenen Völkerbundpalast beziehen. Einziger Schönheitsfehler: der Entwurf Corbusiers ist nicht ausgeführt worden (Mein Werk, S. 49).

Konnte sich Schwippert bei der Gestaltung der Büroflügel mit dem Nachweis der unbedingten Notwendigkeit der Stahlskelettkonstruktion durchsetzen, so mußte er in dem wesentlichsten Punkt, nämlich der Ausgestaltung des Plenarsaales, sich dem Willen des großen Mannes beugen. Bereits die ersten, in Skizzen formulierten Gedankengänge vom November 1948 zeigen nicht das Gebäude, sondern die Möglichkeit einer kreisrunden, amphitheatralischen Sitzordnung innerhalb eines im Grundriß quadratischen Saales. Sie blieb auch das Thema für zahlreiche weitere Skizzen. Der Regierung war ein Sektor des Kreises zugewiesen, auf ein Rednerpult sollte verzichtet werden, alle Redner sollten von ihren Plätzen aus sprechen (Knopp, „Provisorium", S. 20). Adenauer brachte diesen Vorstellungen indes keinerlei Verständnis entgegen, ja lehnte sie strikt ab: eine Neuerung so radikaler Art bedeute keinen guten Wiederanfang der parlamentarischen Arbeit und sei hierzulande nicht zumutbar. So kam es zu der „Vortragssaalbestuhlung", die dann später zu mancher unberechtigten Kritik an dem Architekten führte (Werhahn, Schwippert, S. 228ff.).

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den – weitgehend nach den eigenwilligen Vorstellungen des Hausherrn vollzogenen und deshalb zu kostenaufwendigen – Ausbau des Palais Schaumburg zum Bundeskanzleramt klärte Adenauer in einem Schreiben an Schwippert vom 11. Mai 1949 eindeutig die Frage der Kompetenz: „Wie ich hörte, haben Sie . . . gesagt, ich würde eines Tages als Bundeskanzler gehen. Sie blieben aber verantwortlich für die Einrichtung des Hauses. Das ist eine Auffassung, die ich nicht gelten lassen kann. Nicht Sie sind verantwortlich, sondern ich bin verantwortlich" (Werhahn, S. 193). Wie unrecht Adenauer mit dieser Meinung in bezug auf den Plenarsaal haben sollte, mag eine Äußerung von Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmeier 1962 anläßlich eines Tokio-Besuches erläutern: „Der Mann [Schwippert] hatte nicht die geringste Ahnung von Parlamentarismus . . . der Bundestag ist ein Vortragssaal und nicht eine parlamentarische Kammer" (Knopp, „Provisorium", S. 19).

Alle Arbeiten am Bundeshaus wurden termingerecht beendet. Mit dem 7. September 1949, dem Tag der Konstituierung des Bundestages, und dem 12. September, dem Tag des

Zusammentritts der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten, hatte das Haus seine Feuertaufe bestanden. Ungeheueres und für die heutige Zeit Unvorstellbares war in den wenigen Monaten geleistet worden, wenn man bedenkt, daß dem Planer bei Beginn seiner Arbeiten nicht einmal ein exakter Plan des Raumbedarfs und der Funktionsabläufe vorgelegt werden konnte, jede Maßnahme durch Zuständigkeitsüberschneidungen beschwert war, die Baumaterialien kontingentiert waren, aber die bei öffentlichen Bauten erforderliche öffentliche Ausschreibung in der Regel eingehalten werden mußte. Errichtung und Einrichtung der Großräume einschließlich des Plenarsaales geschahen innerhalb von fünf, die des nördlichen und südlichen Büroflügels innerhalb von drei Monaten.

Natürlich mußte diese Art von moderner, unkonventioneller und manchen Benutzer zum Umdenken zwingender Architektur der „Offenheit" zur Kritik reizen. In der „Gegenwart" vom 15. Oktober 1949 wird der Plenarsaal als „ein rechtes Spielzeug des Reißbretts" und als „achtenswerter Ausstellungspavillon" charakterisiert. Er liege offen dar, wie in einer Demokratie alles offenliege. Aber schließlich seien die Abgeordneten in eine „Kammer" gewählt worden, nicht in einen Schaukasten. Die „Frankfurter Hefte" rügen in ihrer Oktoberausgabe vom selben Jahr den auffallenden Luxus des „Glaspalastes" vor dem Hintergrund der notvollen Zeit und äußern Bedenken, daß in Bonn „viele hundert Millionen DM" angelegt würden, die man bei anderer Lösung hätte sparen können. Derselben Meinung war auch der Abgeordnete Dr. Leuchtgens, der den Begriff „Parlamentspalast" prägte (Ferdinand, Beginn, S. 43). Der Bonner Ordinarius für Kunstgeschichte, Heinrich Lützeler, kontert diese Anwürfe mit dem Nachweis, daß die Harmonie des Gebäudes im Äußeren wie im Inneren allein aus der Zweckmäßigkeit entwickelt wurde. „Das Bundeshaus, fern allem Pathos und aller stilistischen Romantik, bekennt sich in seiner Gestaltung ganz zu unserer Zeit, die, von der Wirtschaft und der Maschine unablösbar, die architektonischen Vorhaben vom Zweck her zu beurteilen pflegt." Dem von daher unberechtigten Vorwurf der Verschwendung begegnet er mit der Frage: „Ist Schönheit Luxus?" („Bonner Rundschau", 22. Oktober 1949).

Im Oktoberheft 1949 der Architekturzeitschrift „Bauen und Wohnen" (S. 468) wurde besonders die bauliche Rekordleistung des Architekten und seiner Mitarbeiter herausgehoben, ebenso wie die für alle gleiche „demokratische" Einrichtung und die „offene Bauweise". „Nirgends kommt das Gefühl von muffiger Kanzlei oder von konventionellen Repräsentationsräumen auf." Im Oktoberheft 1949 der Zeitschrift „Die Neue Stadt" hebt Karl Wimmenauer (S. 301) besonders die Schlichtheit der Möblierung hervor, frei von der überkommenen Vorstellung des „Generaldirektorzimmers mit Vorräumen", und die kleinen Arbeitsräume mit der „gediegenen Ausstattung", in denen „die Arbeit innerer Sammlung geleistet werden kann. Der Mensch – nicht der Parteibonze – sei das Maß aller Dinge."

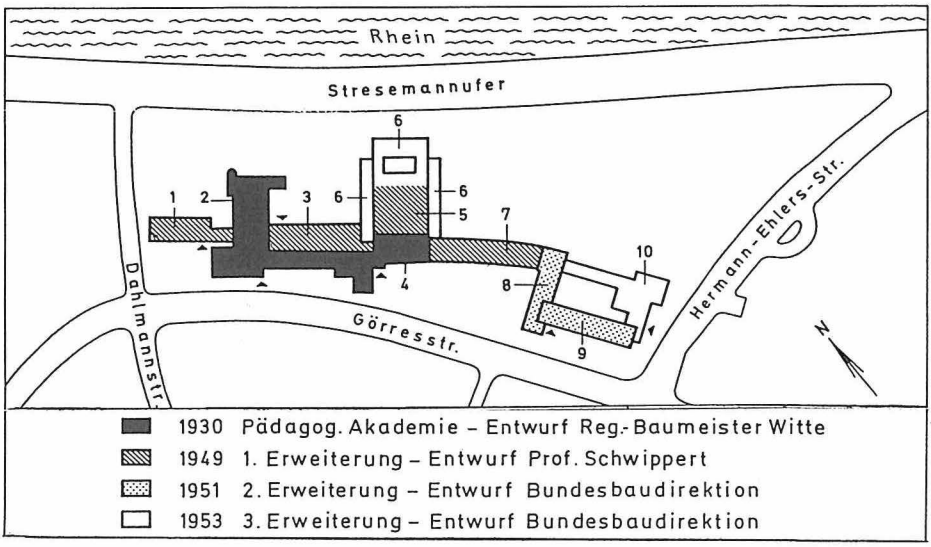
In den Architekturzeitschriften und Tageszeitungen der folgenden Jahre werden vor allem die gestalterische Qualität des Bundeshauses und der Verzicht auf Repräsentationsansprüche hervorgehoben. „Unter den europäischen Parlamentsgebäuden ist das Bonner Bundeshaus also eine rühmliche Ausnahme, weil es auf alle falschen nicht mehr recht glaubhaften Gesten verzichtet" (Eckstein, zitiert nach Werhahn, S. 214). Will Grohmann bezeichnete es als das „modernste" und gleichzeitig „bescheidenste" Parlamentsgebäude der Welt, welches der politischen Arbeit „restlos angepaßt" sei (nach Werhahn S. 214). Es hat den Anschein, als ob Schwipperts neu entwickelte, vor Jahren noch undenkbar gewesene Formen für ein Repräsentationsgebäude in der Fachwelt allgemein Anerkennung fanden.

Hans Schwippert blieb bis Mitte 1950 in der Stellung des künstlerischen Bauoberleiters. Die zu diesem Zeitpunkt einsetzende Kritik betraf weniger die Architektur, sondern war zunächst ganz allgemein Ausdruck einer Aversion gegen Bonn als Bundeshauptstadt. Unter dem Druck negativer Presseberichte und auf Veranlassung der gegen Bonn kämpfenden Parteien und Kreise begann im Frühjahr 1950 eine parlamentarische Kontrolle und Untersuchung der Vorgänge, die zu Bonn als Bundeshauptstadt geführt hatten und durch die Kosten für bauliche Maßnahmen entstanden waren (Werhahn, S. 220ff.). Letztere betrafen die Ausgaben für Wohnbauten, vor allem die durch das selbstherrliche Handeln Adenauers entstandenen überzogenen Aufwendungen für den Umbau des Palais Schaumburg und erst in zweiter Linie ging es um einen Betrag für Rest- und Ergänzungsarbeiten am Bundeshaus, die wegen des Zeitdrucks und vorher nicht erkennbarer Bedürfnisse unterlassen, aber bei einer Baubesichtigung im April 1950 als wünschenswert beschlossen wurden. Für das Land Nordrhein-Westfalen, das das Gebäude inzwischen dem Bund übereignet hatte, galten die Umbaumaßnahmen als beendet. Vom Haushaltsausschuß des Bundestags wurden – aus welchen Gründen auch immer – die wünschenswerten ergänzenden Maßnahmen als „Reparaturkosten" deklariert und Schwippert dafür verantwortlich gemacht. Die Presse tat ein übriges, um den „Verschwender" zu geißeln. Der Untersuchungsausschuß, der ihn zu den Umbaumaßnahmen Palais Schaumburg hörte, konnte Schwippert jedoch keine Schuld anlasten. Auch ein anschließender Rechtsstreit im April 1951 wurde zu seinen Gunsten entschieden. Als unangenehmer Nachgeschmack blieb indes der auf einen Antrag des Haushaltsausschusses zurückgehende folgenreiche Beschluß, von der Beschäftigung freier Architekten bei der Errichtung von Dienst- und Verwaltungsgebäuden im Raume Bonn aus kostensparenden Gründen abzusehen (Knopp, Bundeshaus, S. 23; Werhahn, S. 223). Die in den folgenden Jahren am Bundeshaus, insbesondere am Plenarsaal vorgenommenen Veränderungen bedeuteten einen schweren Eingriff in das einheitliche Erscheinungsbild des Schwippertschen Werkes. Das Flickwerk begann. Der Bundestagsabgeordnete Adolf Arndt sah „in den Anbauten und Umbauten" des Bonner Bundeshauses durch die Bundesbaudirektion „das Elendeste, was man sich nach 1945 leistete" (Demokratie als Bauherr).

Konrad Rühl, der verantwortliche Mitarbeiter von seiten des Ministeriums, sieht in dem Ergebnis der Nachkriegsgestaltung „das erste ‚moderne' Parlamentsgebäude der Welt, zugleich aber entscheidende Ermunterung und Ausgangspunkt für das ‚moderne', d. h. vom stilistisch vorgefaßten formalen Schema befreite Bauen in einem von der Entwicklung lange abgeschnittenen, vor einer Fülle architektonischer Aufgaben stehenden Deutschland" (Rühl, Beitrag, S. 15). Tatsächlich war in der ausdrucksstarken Radikalität dieses Bauwerks die Suche nach Identität in der neuen Gesellschaft erkennbar. Das Bundeshaus wurde als bewußter Definitionsversuch, als Identifikationssymbol, als politisches Bekenntnis konzipiert. Es war eine demonstrativ schlichte Architektur von programmatischer Selbstbescheidung als Grundlage für einen „vorläufigen" Neubeginn, entstanden aus einer inneren Freiheit in großer Not und Armut. In der Transparenz und Beweglichkeit einer Architektur aus Stahl und Glas sollten sich die Freiheiten einer neuen Gesellschaft äußern und zugleich politische Transparenz symbolisiert werden. Unverkennbar war Schwipperts Bemühen, vom kleinsten Ausstattungsstück, dem Mobiliar über die konstruktiven Details bis hin zur stadträumlichen Gestaltung des Gebäudes dieses insgesamt unter dem Anspruch eines Gesamtkunstwerkes zu begreifen. Er nutzte die Chance, das Gebäude als Ausdruck der gesellschaftlichen Ordnung

für die Repräsentanten des demokratischen neuen Anfangs zu schaffen. In dem 1987 in zweiter Auflage erschienenen „Lexikon der Weltarchitektur" (S. 572) werden der Bundeshaus-Umbau zusammen mit einem Wohnhochhaus für das Hansaviertel in Berlin als die bekanntesten Werke Hans Schwipperts gewürdigt.

Am 5. Juni 1987 hat der Deutsche Bundestag mit 314 von 361 Stimmen beschlossen, seinen Plenarsaal zugunsten eines Neubaus abzureißen. In einer weiteren Abstimmung votierten 178 gegen 174 Abgeordnete für eine zukünftig runde, kreisförmige Sitzordnung als sichtbarer Ausdruck eines parlamentarischen Selbstverständnisses, „. . . nicht zuletzt, um den in der Verfassung nicht mehr vorhandenen Gegensatz zwischen Regierung und Opposition im Parlament symbolhaft aufzuheben" (Stenograf. Bericht 17. Sitzg. 5 C 1987, S. 1103 u. 1124).



Abgebrochen wurden die Bauteile 4 (Wandelhalle/Lobby), 5 (Plenarsaal) und 6 (Präsidialbau)

Der Aufsatz ist die gekürzte Fassung eines Beitrags für den Katalog zur Ausstellung „40 Jahre Bundeshauptstadt Bonn", veranstaltet vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau aus Anlaß der 2000-Jahrfeier der Stadt Bonn 1989.

Quellen und Literatur

Eine grundlegende und umfassende Würdigung des architektonischen Werkes von Hans Schwippert bietet neuerdings die Arbeit von Charlotte M. E. Werhahn. – Herrn Dr. Jan Thorn-Prikker sei für mancherlei Hinweise herzlich gedankt.

Bericht der „Informationsstelle" Bundeshaus vom 6. Juli 1949: Stadtarchiv Bonn Ie 1175 6.
Hans Eckstein, Das Bundeshaus in Bonn, in: Die Kunst und das schöne Heim, 48. Jg., München 1950, S. 220f.
Horst Ferdinand (Hrsg.), Beginn in Bonn. Erinnerungen an den ersten Deutschen Bundestag, Herderbücherei Bd. 1235, 1985.
Dietrich Höroldt, 25 Jahre Bundeshauptstadt Bonn. Eine Dokumentation (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 14), Bonn 1974.
Dietrich Höroldt, Hermann Wandersleb, in: Walter Först (Hrsg.), Aus 30 Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts, Köln/Berlin 1979, S. 222–231.
Gisbert Knopp, Das Bundeshaus in Bonn. Von der Pädagogischen Akademie zum Parlamentsgebäude der Bundesrepublik Deutschland, in: Bonner Geschichtsblätter Bd. 35, 1984, S. 251–276.
Gisbert Knopp, Das Bundeshaus in Bonn – ein „Provisorium" als Baudenkmal?, in: Denkmalpflege im Rheinland 1, 1985, S. 17–20.
Le Corbusier, L'atelier de la recherche patiente, Paris 1960 (deutsch: Mein Werk, Stuttgart 1950).
Wera Meyer-Waldeck, Das Bundesparlament in Bonn, in: Architektur und Wohnform, H. 50, 1950, S. 99–110.
Nikolaus Pevsner/Hugh Honour/John Fleming, Lexikon der Weltarchitektur, 2. Aufl. München 1987; die Abbildung S. 572 zeigt allerdings den Witte-Bau, nicht den Anbau von Schwippert.
Angela Schumacher, Das Gebäude der Pädagogischen Akademie in Bonn. Versuch einer Würdigung seiner Architektur, in: Bonner Geschichtsblätter Bd. 35, 1984, S. 277–284.
Hermann Wandersleb, Die Berufung Bonns zur vorläufigen Bundeshauptstadt, in: Bonner Geschichtsblätter Bd. 23, 1969, S. 310–336.
Konrad Rühl, Ein Beitrag zum 65. Lebensjahr von Hans Schwippert, in: Für Hans Schwippert, zusammengestellt von Theo Otto und Karl Wimmenauer, Düsseldorf 1964, S. 14–18 – Hans Schwippert, Architektur und Denkmalpflege, Schriftenreihe der Akademie der Architektenkammer Nordrhein-Westfalens und der Deutschen UNESCO-Kommission Bd. 23, Düsseldorf 1984. – Charlotte M. E. Werhahn, Hans Schwippert (1899–1973). Architekt, Pädagoge und Vertreter der Werkbundidee in der Zeit des deutschen Wiederaufbaus, Phil. Diss. TU München 1987, darin: Katalog Nr. 105 (Auflistung der Planvarianten), S. 205. – Adenauer an Schwippert vom 30. Juni 1949 in: Adenauer. Briefe 1949–1951, bearb. von Hans Peter Mensing (= Adenauer Rhöndorfer Ausgabe Bd. 3), Berlin 1985, Nr. 31, S. 46.